

***Sicherheit im Wohnumfeld und in der Nachbarschaft -
Impulse für Kooperationen vor Ort***

von

**Jan Abt
Hanna Blieffert
Dr. Anke Schröder**

Dokument aus der Internetdokumentation
des Deutschen Präventionstages www.praeventionstag.de
Herausgegeben von Hans-Jürgen Kerner und Erich Marks im Auftrag der
Deutschen Stiftung für Verbrechensverhütung und Straffälligenhilfe (DVS)

Zur Zitation:

Jan Abt, Hanna Blieffert, Anke Schröder: Sicherheit im Wohnumfeld und in der Nachbarschaft -
Impulse für Kooperationen vor Ort, in: Kerner, Hans-Jürgen u. Marks, Erich (Hrsg.),
Internetdokumentation des Deutschen Präventionstages. Hannover 2017,
www.praeventionstag.de/dokumentation.cms/3708

Sicherheit in Wohnumfeld und Nachbarschaft

Impulse für die Zusammenarbeit von Polizei, Wohnungsunternehmen und Kommune

Um Sicherheit und das Sicherheitsgefühl im Quartier zu verbessern, ist die wirksame Zusammenarbeit von Polizei, Wohnungswirtschaft und Kommune entscheidend. Die interdisziplinäre Betrachtung hilft, Ursachen und Zusammenhänge von Unsicherheiten zu verstehen. Erst wenn Handlungsstrategien und Maßnahmen gemeinsam entwickelt werden, schafft dies nachhaltig wirksame Lösungen. Das Landeskriminalamt Niedersachsen und das Deutsche Institut für Urbanistik haben mit dem Forschungsprojekt „transit“ diese Kooperationen untersucht und mit einer Handreichung Impulse für die zukünftige Zusammenarbeit von Polizei, Wohnungswirtschaft und Kommune gegeben.

Neben einer Vielzahl anderer Faktoren beeinflusst die Sicherheit die Lebensqualität in der Stadt und ihren Quartieren. Besonders das Gefühl und die Gewissheit, sich im unmittelbaren Wohnumfeld frei und sicher bewegen zu können, ist die Grundlage dafür, sich dort auch wohlfühlen, nachbarschaftliche Kontakte zu entwickeln und Verantwortung füreinander und für das Wohnumfeld zu übernehmen. Die Stadtbewohnerinnen und Stadtbewohner erleben Sicherheit und Unsicherheit im Alltag vor allem im eigenen Quartier. Es berührt den persönlichen Nahraum der eigenen Wohnung und beginnt vor der eigenen Wohnungstür, so dass Bewohnerinnen und Bewohner sich ihr nicht entziehen können.

Der Begriff der Sicherheit umfasst dabei mehr als den Schutz vor Kriminalität und weiteren Bedrohungen. Es geht auch um die gefühlte und wahrgenommene Sicherheit und somit auch um Fragen der Nutzung des Raumes oder des sozialen Miteinanders in der Stadt. Wenn Sicherheit in einem solchen weitreichenden Sinne verstanden wird, wird sie durch eine Vielzahl unterschiedlicher Einflüsse bestimmt. Mit dem Beispiel eines Quartiersplatzes vor Augen wird deutlich: Nicht erst die Gewissheit, dass die Polizei notfalls einschreiten würde, schafft ein Sicherheitsgefühl für Bürgerinnen und Bürger, sondern auch die Gestaltung und der Zustand des Platzes, die Menschen, die ihn nutzen, und die Art und Weise, wie hier miteinander umgegangen wird, beeinflusst die individuelle Sicherheit. Baulich-gestalterische, soziale und regulatorische Elemente wirken zusammen. Daran wird deutlich, dass nicht nur ein Akteur alleine für die Sicherheit im Wohnumfeld zuständig ist. Erforderlich ist vielmehr eine gute Zusammenarbeit, denn diese Elemente greifen im Sinne des „Minimumgesetzes“ ineinander – das heißt, das geringste

Element bestimmt die Sicherheit und Sicherheitsgefühl vor Ort: Ein noch so gut gestalteter städtischer Raum gibt nicht das Gefühl von Sicherheit, wenn soziale Unordnungen auftreten, die die täglichen Routinen stören. Je nach individueller Konstitution, Erfahrungen und sozialem Kapital kann Unsicherheit schon auftreten, wenn einem unbekannte Personengruppen entgegenkommen, oder man sich auf dem nächtlichen Nachhauseweg in einer dunklen Gasse doch „irgendwie unwohl“ fühlt.

Sicherheit in Wohnumfeld und Nachbarschaft ist daher ein gemeinsamer Aufgabenbereich von Polizei, Wohnungsunternehmen und Kommunen mit deren unterschiedlichen Fachbereichen. Weitere Akteure wie soziale Institutionen, lokale Gewerbetreibende und natürlich die Bürgerinnen und Bürger kommen hinzu und machen Sicherheit in der Stadt zu einer gesamtgesellschaftlichen Aufgabe. Eine breite Zusammenarbeit der zentralen Akteure für sichere und lebenswerte Quartiere ist an vielen Stellen allerdings noch unerprobt. Kontakte und Routinen bestehen nur vereinzelt und sporadisch. Neben etablierten Kontakten werden weitere wichtige Akteure häufig nicht rechtzeitig einbezogen, Potenziale und Synergien zu spät erkannt. Eine Auseinandersetzung mit der Genese, den Prinzipien und Lücken dieser fachübergreifenden Zusammenarbeit bietet Ansatzpunkte für eine verbesserte Sicherheit in der Stadt. Hier setzte das fachübergreifende Forschungsprojekt „transit“ an.

Forschungsprojekt „Transdisziplinäre Sicherheitsstrategien für Polizei, Wohnungsunternehmen und Kommunen – transit“

Das Forschungsprojekt „transit“ wurde im Rahmen des Programms „Forschung für die zivile Sicherheit“ des Bundesministeriums für Bildung und Forschung gefördert und 2016 abgeschlossen. Das Projekt fokussierte dabei auf Alltagssituationen der Bevölkerung und stellte das bauliche Wohnumfeld und die soziale Nachbarschaft in den Mittelpunkt. Ziel war es, Maßnahmen zu entwickeln, die das Sicherheitsempfinden der Bewohnerschaft stärken und Tatgelegenheiten verhindern können. Dazu sollten sicherheitsrelevante Kriterien frühzeitig in die Umgestaltung bestehender Quartiere einbezogen werden. Das Projektteam aus Landeskriminalamt Niedersachsen, Deutschem Institut für Urbanistik und F+B Forschung und Beratung für Wohnen, Immobilien und Umwelt arbeitete in den drei Fallstudienstädten Braunschweig, Emden und Lüneburg an der Entwicklung transdisziplinärer Sicherheitsstrategien. „Transdisziplinär“ heißt hier, dass die zentralen Akteure Polizei, Wohnungswirtschaft und kommunale Verwaltung ihre jeweilige fachliche Sicht einbringen und darüber hinaus gemeinsam an der Problemdefinition und schließlich auch an der Entwicklung von Lösungen arbeiten.

Aufbauend auf der Erkenntnis, dass kriminalpräventive Aspekte nur dann nachhaltige Wirkung zeigen, wenn sie nicht als zusätzliche Faktoren in Planungsprozesse einfließen, sondern von Anfang an mitgedacht werden, wurden im Rahmen des Projektes zwei Ansätze verfolgt: Einerseits ging es darum, die gemeinsame Arbeit an der jeweiligen Planungsaufgabe zu unterstützen, andererseits wurden Instrumente und Empfehlungen entwickelt, die die langfristige Kooperation der für Sicherheit zuständigen Akteure vor Ort stärken. Eingebunden wurden daher jeweils die örtliche Polizei, örtliche Wohnungsunternehmen und die Kommune, vertreten durch die Fachverwaltungen Stadtplanung und -entwicklung, Ordnung, Jugend und Soziales sowie die kriminalpräventiven Gremien.

Netzwerke vor Ort prägen sich unterschiedlich aus

Um die Zusammenarbeit vor Ort zu verstetigen bzw. zu vertiefen, wurde eine Netzwerkanalyse bestehender Kooperationen in den drei Fallstudienstädten durchgeführt. Identifiziert wurden feste Strukturen, aber auch Lücken und fehlende Verbindungen zwischen den Verantwortlichen – also denjenigen, die

nur selten zusammen kommen, obwohl sie sich beide auf ihre Weise mit sicheren Räumen beschäftigen wie beispielsweise Stadtplanung und Polizei. Trotz vielfach grundsätzlich vordefinierter Aufgabenbereiche prägen sich die Akteursstrukturen im Detail dabei zwischen den Städten unterschiedlich aus. Sie unterscheidet sich abhängig von institutioneller Schwerpunktsetzung, der Verfügbarkeit von Personal, der persönlichen Prägung durch Einzelakteure und der allgemeinen Kooperationskultur innerhalb der Stadt.

Andererseits finden sich in diesen Netzen auch immer wieder ähnliche Kooperationsmuster und typische Konstellationen zwischen einzelnen Akteuren: Die Zusammenarbeit zwischen Polizei und Ordnungsverwaltung ist meist eng, die Abstimmungen zwischen der kommunalen Planung und der Wohnungswirtschaft meist erprobt und zwischen Jugend-, Schul- und Sozialverwaltung verankert. Die für ein sicheres Wohnumfeld und eine sichere Nachbarschaft ebenso wichtigen Kooperationen jenseits dieser Verbindungen sind dagegen kaum etabliert.

Die Gründe hierfür sind vielfältig. Meist wurde ein gemeinsames Arbeiten von vermeintlich fachfernen Akteuren schlicht noch nie aktiv angestoßen. Mitunter behindert auch ein unzureichendes Verständnis der Handlungslogik des Gegenübers die Zusammenarbeit. Womöglich erschweren Vorurteile oder ein fehlendes Wissen über die Grundlagen, Gegenstände, Methoden und Handlungsreichweiten der anderen Disziplinen eine engere Kooperation.

Die Zusammenarbeit aller Akteure ist daher eine wichtige Rahmenbedingung. Wenn bei einer entsprechenden Problemlage, beispielsweise die anstehende Neugestaltung eines öffentlichen Platzes, mit aufsuchender Jugendarbeit und der Berücksichtigung kriminalpräventiv wirkender Aspekte verknüpft wird, greifen Planungs-, Umsetzungs- und Nutzungsphase gezielt ineinander. Im Ergebnis können sichere und lebenswerte Räume entstehen. Wichtig wird es hierfür, andere – auch vermeintlich nicht betroffene – Fachakteure über eigene Vorhaben und Planungen zu informieren. Ordnungsamt und Polizei stehen wiederholt vor der Aufgabe, konflikthafte Nutzungen im öffentlichen Raum zu befrieden. Solche späteren Konflikte lassen sich oftmals vermeiden, wenn deren Knowhow bereits in die Konzeption und städtebauliche Planung einfließt. Planerinnen und Planer können hier noch viel stärker als bisher auf das Fachwissen dieser Disziplinen zurückgreifen.

Das Instrument der Sicherheitsbegehung als Startpunkt fachübergreifender Arbeit

Gemeinsames Arbeiten an einem konkreten Thema oder einem konkreten Ort hilft, solche Hindernisse zu überwinden, denn die Gemeinsamkeiten liegen auf der Hand: Egal ob Polizei, Wohnungswirtschaft, Stadtplanungs-, Jugend- oder Ordnungsamt – sie alle haben das Ziel, sichere und lebenswerte Räume für die Bewohnerinnen und Bewohner zu schaffen. Als konkretes Instrument einer unmittelbaren und niedrigschwelligen Zusammenarbeit wurde die transdisziplinäre stadträumliche Begehung entwickelt. Aufbauend auf ähnlichen, bekannten Ansätzen, wie beispielsweise der Sicherheitsspaziergänge, bringt sie unterschiedliche Akteure zu Sicherheitsfragen zusammen, fördert den fachübergreifenden Austausch, konzentriert sich auf die Bedarfe der Nutzenden und arbeitet konkret zu Sicherheitsfragestellungen im Quartier.

Mit einer stadträumlichen Begehung vor Ort werden sicherheitswirksame Qualitäten sowie Ordnungsstörungen in einem kleinräumigen Bereich gemeinsam dokumentiert und analysiert. Wichtig ist die fachübergreifende Zusammensetzung einer solchen Gruppe: Erst hierdurch entstehen die neuen Einblicke und Bewertungen von Situationen. Anhand der kleinräumigen Betrachtung ist es möglich, konkrete ortsbezogene Hinweise auf Qualitäten und Störungen zu erhalten, darüber hinaus soll Gelegenheit gegeben werden, diese Aspekte und dahinterliegende Themen zu abstrahieren und sie auf andere Kontexte und Gebiete zu übertragen. Die gemeinsame Begehung dient dem gegenseitigen Erfahrungsaustausch vor Ort und macht Netzwerkarbeit damit praxisnah und handhabbar.

Als Grundlage einer fachübergreifenden Diskussion dient eine Kriterienliste zu Sicherheitsaspekten im Wohnumfeld. Angestrebt wird, die in der Liste aufgestellten Leitfragen zu Stärken und Schwächen eines Stadtraumes in der Begehung im Konsens zu beurtei-



len. Diese Kriterienliste wurde aus mehreren Quellen entwickelt: Erste Informationen entstammen den Handbüchern Gender Mainstreaming in der Stadtentwicklung der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt in Berlin sowie der Stadt Wien. Ein Großteil der Kriterien wurde dem Kriterienkatalog zur Auditierung sicherer Wohnnachbarschaften der Sicherheitspartnerschaft im Städtebau in Niedersachsen entlehnt und für den Zweck einer zeitlich begrenzten Begehung reduziert und angepasst. Betrachtete Aspekte waren beispielsweise der aktuelle Eindruck des Gebietes, Lesbarkeit und Orientierung, Wegeführung, Überschaubarkeit und Sichtbarkeit sowie Zugänglichkeit und Zugangsbedingungen.

Die Kriterienliste ist vor allem für die thematisch breite Orientierung hilfreich und fördert eine Diskussion, die eine Heterogenität der fachlichen Blickwinkel sichtbar werden lässt. Die Erfahrungen aus dem Einsatz in den Fallstudienstädten zeigen, dass eine Begehung ohne eine solche Kriterienliste nicht in dem Maße effektiv gewesen wäre. Während der Begehung fand – angeregt durch die Aspekte der Kriterienliste – ein kontinuierlicher fachübergreifender Austausch statt. Ausnahmslos alle Teilnehmenden bewerteten die Begehungen als Mehrwert für ihr Arbeitsfeld und ganz im Sinne eines transdisziplinären Ansatzes können neue, noch nicht gedachte Lösungen generiert werden, die sich nicht von vornherein Zwängen der Wirtschaftlichkeit oder Umsetzungskomplexität unterwerfen müssen.

Die eigene Wirkung auf Sicherheit im Quartier reflektieren

Durch fachübergreifende Zusammenarbeit lassen sich einzelne Maßnahmen der Beteiligten gezielt aufeinander abstimmen und koordiniert umsetzen. Ein erster wichtiger Schritt hierfür besteht darin, dass sich die Beteiligten ihrer Wirkung auf die lokale Sicherheitslage bewusst werden: „Wie beeinflusse ich die Sicherheit im Quartier?“ Die Sensibilisierung für die Sicherheitswirkung des eigenen Handelns erfolgt durch eine bewusste Auseinandersetzung. Für diejenigen Akteure, für die Sicherheit und Kriminalprävention zu den originären und kontinuierlichen Aufgaben gehören – wie Polizei, Ordnungsamt oder kriminalpräventive Gremien – bedeutet dies, sicherheitsrelevante Aspekte immer wieder gezielt in die Diskussion einzubringen, allerdings ohne die Aspekte und Aufgaben der anderen Disziplinen zu dominieren. Diejenigen, für die Sicherheit nur ein Gesichtspunkt neben weiteren ist – wie Planungs- und Jugendverwaltungen oder Wohnungswirtschaft

–, haben dagegen die Aufgabe, diese Themen offen mit Blick auf die eigene Arbeit zu durchdenken und sich bewusst auf sie einzulassen.

In der sich daraus ergebenden praktischen Zusammenarbeit der Verantwortlichen schärft sich das Verständnis für diejenigen Partnerinnen und Partner, die, wie man selbst, für ein sicheres Wohnumfeld und eine sichere Nachbarschaft Sorge tragen. Die Netzwerkbildung zwischen den Akteuren städtischer Sicherheitsproduktion ist daher auch ein sozialer Prozess und nicht nur eine Frage der funktionalen Arbeitsorganisation. Eine solche Netzwerkbildung erlaubt integrierte Konzepte, welche die verschiedenen sicherheitsprägenden Aspekte von vornherein zusammen denken. Sich frühzeitig abzustimmen ermöglicht es, die sicherheitsrelevanten Hinweise anderer Partnerinnen und Partner bereits in der eigenen Planungs- und Konzeptionsphase zu berücksichtigen. Hierauf aufbauend ist es entscheidend, kriminalpräventive Konzepte nicht als zusätzlichen, sondern als integralen Bestandteil in die tägliche Arbeit der Verantwortlichen vor Ort „einzubauen“. Wenn eine Zusammenarbeit mit anderen Sicherheitsverantwortlichen im Arbeitsalltag etabliert ist – z.B. die Polizei bei Platzumgestaltungen wie selbstverständlich frühzeitig hinzugezogen wird oder Jugendhilfe und Wohnungsunternehmen regelmäßig gemeinsame Angebote für Kinder und Jugendliche konzipieren –, trägt dies maßgeblich zu einem sicheren Wohnumfeld und sicheren Nachbarschaften bei.

Die Kooperationsformen und Maßnahmen lokal anpassen

Die jeweiligen Formen der Zusammenarbeit sind dabei lokal zu bestimmen. Zu unterschiedlich sind die Ausgangslagen der Städte und Gemeinden, je nach Größe und städtebaulicher Erscheinung, nach Struktur der Bewohnerschaft, politischen Rahmenbedingungen und auch nach Aspekten, welche Akteure vorhanden sind, welche Netzwerke bereits existieren und wer eine Koordinationsrolle für ein Netzwerk einnehmen kann.

Es empfiehlt sich jedoch stets, ein Kompetenzteam aus Polizei, Wohnungsunternehmen und denjenigen kommunalen Verwaltungsbereichen zu bilden, die für Sicherheit und Quartiersentwicklung Sorge tragen, wie Stadtplanungs-, Sozial- und Ordnungsämter. Ein bestehendes kriminalpräventives Gremium eignet sich besonders dafür, eine Koordinationsrolle für dieses Netzwerk zu übernehmen – aber auch die

Stadtplanungs- oder Sozialverwaltung kann einen solchen Netzwerkknoten bilden. Zentrale Aufgabe dieses Kompetenzteams ist es, die „Fäden“ zusammenzubringen. Deswegen ist es empfehlenswert, das gemeinsame Netzwerk auch strukturell abzusichern. Egal, ob regelmäßig oder anlassbezogen – entscheidend ist, die anderen Beteiligten frühzeitig in eigene Überlegungen einzubeziehen, geplante Vorhaben und anstehende Planungen zu vermitteln und die Kompetenz des Netzwerkes für die eigene Arbeit zu nutzen.

Die gemeinsam abzustimmenden Maßnahmen für ein sicheres Wohnumfeld und eine sichere Nachbarschaft hängen vom jeweiligen Anwendungsfall ab. Die Individualität der einzelnen Quartiere und Räume bildet dabei den Ausgangspunkt. Die entscheidende Frage ist dann nicht mehr nur: „Was hat sich anderswo bewährt?“, sondern auch: „Was passt zu uns und unserem Fall?“. Dabei bleibt es wichtig, auf belastbaren empirischen Grundlagen aufzubauen: Sorgsam interpretierte polizeiliche Daten, (methodisch fundierte) Bürgerbefragungen, kriminologische Erkenntnisse und positiv evaluierte Programme sind für eine angemessene Prävention und Reaktion unabdingbar. Dem sind aber stets die eigene Kultur der Zusammenarbeit und die verfügbaren Ressourcen an die Seite zu stellen.



Handlungsempfehlungen für die Zusammenarbeit von Polizei, Wohnungsunternehmen und Kommune

In der stärkeren Zusammenarbeit von Polizei, Kommune und privaten Akteuren wie etwa Wohnungsunternehmen liegen große Potenziale, um die Lebensqualität in den Quartieren zu verbessern: indem der Aspekt der Sicherheit für die eigene Arbeit bewusst reflektiert, das Fachwissen der anderen Partner explizit einbezogen und der Mehrwert einer regelmäßigen Abstimmung zwischen Polizei, Kommune und weiteren Partnern offensichtlich wird. Für die Verantwortlichen vor Ort ergeben sich daraus vier grundsätzliche Handlungsempfehlungen, um Verfahren und Strukturen zu etablieren, die eine Kooperation für sichere Quartiere unterstützen:

1. Direkte Zusammenarbeit mit den Verantwortlichen aus Polizei, Wohnungsunternehmen und Kommune suchen: Die Zusammenarbeit der Akteure wird erleichtert, wenn die Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner in den jeweiligen Institutionen bekannt sind. Es macht nach aller Erfahrung einen Unterschied, ob die jeweilige Ansprechperson persönlich gekannt wird oder lediglich mit Namen in einer Telefonliste aufgeführt ist. Persönliche Bekanntschaft erleichtert einen niedrigschwelligen Austausch und den Informationsfluss. Chancen, die Akteure zusammenzubringen, etwa über gemeinsame Projekte oder gegenseitige Weiterbildungen, sollten aktiv genutzt werden.

2. Das Themenfeld „Sicheres Wohnumfeld“ fachlich verankern und absichern: Die interne fachliche Verankerung des Themenschwerpunkts Kriminalprävention in Wohnumfeld und Nachbarschaft bei Polizei und Kommune und seine gleichzeitige Unterstützung seitens der Führungsebene und der Politik erweisen sich als unerlässlich, wenn die Kooperation der Akteure untereinander dauerhaft gewährleistet werden soll. Nur so lässt sich sicherstellen, dass die verschiedenen Akteure auf allen Ebenen das Thema im Rahmen ihrer Tätigkeit bearbeiten können und entsprechende (personelle) Ressourcen vorgehalten werden.

3. Chancen einer modellhaften Zusammenarbeit für lokale Sicherheit nutzen: Die Zusammenarbeit zwischen Polizei und Kommune für ein sicheres Wohnumfeld und sichere Nachbarschaften ist ein Prozess. Damit sich dieser entwickeln und vertiefen kann, benötigt es Anlässe und Möglichkeiten einer solchen Kooperation. Im Rahmen der Quartiersentwicklung bietet es sich an, ein solches integriertes

und umsetzungsorientiertes Handeln beispielsweise in Gebieten der Städtebauförderung zu erproben. Vor allem in Gebieten des Programms „Soziale Stadt“ ist eine intensive Kooperation vor Ort bereits ein zentrales Arbeitsprinzip, an dem angeknüpft werden kann. Die Erfahrungen aus den modellhaft eingeübten Kooperationsstrukturen verbessern das Verständnis der Kooperationspartnerinnen und -partner füreinander und die erprobten Strukturen der Abstimmung können auch für andere Planungsfälle genutzt werden.

4. Regelmäßige Abstimmung in einem systematischen Verfahren sicherstellen: Ein reibungsloser Informationsaustausch und gegenseitige Abstimmungen von Vorhaben und Strategien zwischen den Akteuren entscheiden in hohem Maße über sichere und als sicher empfundene Quartiere. Somit empfiehlt es sich, Verfahrensweisen zu entwickeln, die der lokalen Sicherheitskultur entsprechen und diese strukturell zu verankern. Die Form einer fachlich-strukturellen Verankerung folgt keiner vorgegebenen Struktur. So haben sich in Städten verschiedene Modelle der regelmäßigen Abstimmung ergeben: von der gemeinsamen Absichtserklärung zur Kooperation im Rahmen städtebaulicher Kriminalprävention von Polizei, lokaler Wohnungswirtschaft und Kommune über die Benennung von festen Ansprechpersonen für Sicherheitsthemen in den einzelnen Institutionen, verbindlich vereinbarten und wiederkehrenden Abstimmungsterminen bis hin zur institutionellen Erweiterung vorhandener Facharbeitskreise.

Fazit: Quartiersentwicklung ist nicht nur eine Frage von Sicherheit

Bei allem gilt allerdings auch, dass eine fachliche Betrachtung, die Sicherheit stets im Blick hat, nicht dazu führen soll, Sicherheitsthemen „hochzuspielen“. Sicherheit soll nicht zum wesentlichen Gestaltungsmaßstab für Quartiere werden. Klar ist: Nicht jeder Nutzungskonflikt ist ein Verstoß gegen die öffentliche Ordnung, und nicht jeder Verstoß stellt ein Sicherheitsproblem dar. Sich näher mit Fragen der Sicherheit in der Stadt zu beschäftigen, darf nicht dazu führen, Quartiersentwicklung vor allem unter Sicherheitsgesichtspunkten zu betreiben. Weiterhin gilt: Nicht jedes Problem, das unter dem „Etikett“ (Un-)Sicherheit gehandelt wird, hat dort auch tatsächlich seine Ursachen. Mitunter werden unter der Überschrift Sicherheit andere – diffusere – (Stadtteil-)Probleme verhandelt, etwa eine besondere Dynamik im Wandel des Quartiers, Gefühle von Fremdheit

oder des sozialen „Abgehängtseins“ eines Stadtteils und seiner Bewohnerinnen und Bewohner. Die fachübergreifende, gemeinsame Perspektive von Polizei, Wohnungsunternehmen und Kommune hilft, hier den richtigen Blick zu entwickeln.

Literatur

- Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt (Hrsg.) (2011): Gender Mainstreaming in der Stadtentwicklung. Berliner Handbuch, Berlin (www.stadtentwicklung.berlin.de/soziale_stadt/gender_mainstreaming/download/gender_deutsch.pdf).
- Sicherheitspartnerschaft im Städtebau in Niedersachsen (2011): Sicher Wohnen – Kriterienliste für die Planung neuer Bauvorhaben und für die Selbstbewertung von Wohnungsbeständen, Hannover (<http://www.sipa-niedersachsen.de/nano.cms/qualitaetsiegel-kriterien>).
- Stadt Wien (Hrsg.) (2013): Gender Mainstreaming in der Stadtplanung und Stadtentwicklung, Werkstattbericht Nr. 130, Wien.
- Stadt Wien, MA 18 – Stadtentwicklung und Stadtplanung (Hrsg.) (2012): Planen – aber sicher! Physische und soziale Verunsicherungsphänomene – Wie kann die Stadtplanung ihnen begegnen?, Wien (www.wien.gv.at/stadtentwicklung/studien/pdf/b008269.pdf).

Jan Abt ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Deutschen Institut für Urbanistik im Themenfeld „Urbane Sicherheit“.

Kontakt: abt@difu.de

Dr. Anke Schröder ist wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Kriminologischen Forschung und Statistik des Landeskriminalamtes Niedersachsen.

Kontakt: anke.schroeder@polizei.niedersachsen.de

**Der Beitrag ist zuerst erschienen in
forum kriminalprävention, Nr. 2, 2017**



Hinweis

Ergebnis dieses Forschungsprojekts zu einem Themenbereich urbaner Sicherheit ist eine Handreichung für die Praxis, die helfen soll die Selbstreflexion anzustoßen. Unter dem Titel: „Sicherheit in Wohnumfeld und in der Nachbarschaft – Impulse für die Zusammenarbeit von Polizei, Wohnungsunternehmen und Kommune“ enthält die Broschüre einen Fragen, mit denen das eigene Sicherheitsverständnis eingeschätzt werden kann und zeigt gute Beispiele fachübergreifender Kooperationen und Maßnahmen für sichere städtische Räume. Sie ist als Download auf der Projektwebseite unter www.transit-online.info und auf der Difu-Webseite unter www.difu.de/node/11200 verfügbar.